

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten - Ungarn



Ova je stranica strojno prevedena i njezina kvaliteta nije zajamčena.

1. [Verfassungsrechtlichen Grundlagen](#)
2. [Justiz](#)
 - #II
4. [Fälle, in denen der Zugang zu Informationen](#)
5. [Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in](#)
6. [Den Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen](#)
7. [Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten](#)
8. [Klagebefugnis](#)
9. [Rechtliche Vertretung](#)
10. [Nachweise](#)
11. [Vorläufiger Rechtsschutz](#)
12. [Kosten](#)
13. [Finanzhilfe-Mechanismus](#)
14. [Aktualität](#)
15. [Sonstiges](#)
16. [Ein Ausländer, der](#)
17. [Grenzüberschreitende Rechtssachen](#)

I. verfassungsrechtlichen Grundlagen

Die ungarische Verfassung von 2011 enthält eine Reihe wichtiger Bezugspunkte. Zunächst enthält das jedem Einzelnen zustehende Recht auf eine gesunde Umwelt und eine Verpflichtung zum Ausgleich oder zur Wiederherstellung der Schäden für die Umwelt (Artikel XXI). Sie enthält außerdem die Verpflichtung für den Staat und alle anderen zum Schutz, zur Erhaltung und Schutz der natürlichen Ressourcen, insbesondere Boden, Wälder, Gewässer, biologische Vielfalt und kulturellen Werte bilden, die alle ein gemeinsames Erbe der Nation (Artikel P). Erwähnt wird auch die nachhaltige Entwicklung in der Verfassung als eines der Ziele Ungarns (Art. Q). Der Zugang zur Justiz wird allgemein festgelegt, wobei das Recht auf einen Rechtsbehelf gegen eine gerichtliche oder behördliche Entscheidung, die die Rechte oder legitimen Interessen (Artikel XXVIII). Die Bürger können jedoch nicht direkt auf die verfassungsmäßigen Rechte in Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren, da nach der ständigen Auslegung des Gesetzes, die verfassungsmäßigen Rechte müssen im Bereich niedrigerer Normen angesiedelt werden, um als Rechtsgrundlage für Ansprüche verwendet. Parteien eines Verwaltungs- oder Gerichtsverfahrens über internationale Abkommen berufen kann, ist Ungarn Vertragspartei, es gibt jedoch keine wirkliche Notwendigkeit nach Ungarn, da dies durch ein Abkommen gebunden ist, und der zweite ist Bestandteil der innerstaatlichen Rechtsordnung durch die Proklamation durch eine ungarische Norm. Es gibt einige Beispiele für Behörden und Gerichte bei der Anwendung des Übereinkommens von Aarhus als Teil ihrer Argumentation jedoch auf eine Entscheidung, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Verwaltungs- und Justizbehörden, bleibt das Übereinkommen von Aarhus noch relativ gering.

II). Justiz

In Ungarn ist das Gericht auf der Grundlage der Gewaltenteilung und ist unabhängig von der Legislative als auch die Exekutive eines Staates. Es gibt vier Ebenen der Justiz; Die Hierarchie der Gerichte von unten nach oben: Die Bezirksgerichte

(Járásbíróság) in Budapest (diese sind die Bezirksgerichte (Kapitol), ist das Kerületi Bíróság (Megyei Landgerichte (törvényszék), in Budapest ist das Kapitol Fővárosi Törvényszék (Gerichtshof), die Regionalgerichte (táblabíróság) und dem Obersten Gerichtshof (Kúria). Unabhängiges Verwaltungs- und ab dem 1. Januar 2013 (Közigazgatási és Munkaügyi Bíróság) wurden in Ungarn. Es gibt 111 Bezirksgerichte, 20 regionale Gerichte, 5 Bezirksgerichte und einen Obersten Gerichtshof 20 in Ungarn zusätzlich zu verwaltungs- und Gerichte. Gerichte in Ungarn einen verfassungsrechtlichen Pflicht zur Entscheidung über Rechtsstreitigkeiten zwischen privaten Organisationen (des privaten Rechts oder des Handelsrechts, Arbeitsrechts Streitigkeiten) oder zwischen der staatlichen und privaten Einrichtungen (Verwaltungs- und Strafrecht). Das Justizsystem ist eine zivilrechtliche Hintergrund und vor allem an einem inquisitorisch ausgerichteten Ansatz ist mit einem zunehmenden Einfluss der contradictorial Elemente. Zivilrechtliche Streitigkeiten in erster Instanz entscheidet meist egyezbíró) legen Bänke (mit Ausnahme einiger weniger Fälle und Fälle, in denen das Arbeitsrecht enthält zwei auf dem Prüfstand ülnök (Laien) neben der Richter. Strafverfahren werden von einem Richter + 2 legen oder aufgrund ihrer Schwere Bänken ausgearbeitet werden. In den höheren Gerichten in zweiter Instanz Bänken der mit drei Richtern oder mit fünf Richtern in sehr außergewöhnlichen Fällen Sitzbänke. Die Beweise, die die Klägerin zivilrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten, während in Strafsachen ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft (ügyész) eingereicht werden. Es gibt keine besonderen Gerichte zur Entscheidung in Umweltangelegenheiten in Ungarn. Daher werden entweder über administrative und privatrechtliche oder Gerichte, je nach Art des Rechtsstreits. „Forum Shopping“ möglich ist, in der ungarischen Rechtsordnung mit bestimmten Einschränkungen. Der Gerichtshof zwar auf der Ebene gesetzlich festgelegt ist, unter bestimmten Umständen kann der Kläger wählen, an welchem Standort zu Beginn des Verfahrens (z. B. anstatt sich an das Gericht am Wohnsitz des Beklagten, er wendet sich an das Gericht an dem Ort, an dem der Schaden erlitten wurde Schadenersatz). Im Privatrecht, die Eigenschaften und Zahlungen können Parteien eines Vertrags auch dann, wenn der Gerichtshof ihren Rechtsstreit zuzuordnen ist, erneut mit einigen Einschränkungen. Eingereicht werden können ordentliche Rechtsbehelfe in privatrechtlichen Streitigkeiten, gegen die Entscheidung im Hauptsacheverfahren gegen die formelle und materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung. Verfahren végzés (Beschlüsse des Gerichts angefochten werden) können nur mit Einschränkungen. Frist für die Einreichung der Beschwerde beträgt 15 Tage nach der Verkündung des Urteils des Gerichtshofs. In verwaltungsrechtlichen Fällen gibt es kein Rechtsmittel gegen das erstinstanzliche Urteil. die Verfahren jedoch immer noch angefochten werden kann. Es besteht die Möglichkeit, einen außerordentlichen Antrag auf Nachprüfung (felülvizsgálati kérelem) gegen ein rechtskräftiges Urteil des Gerichts beim obersten Gericht Anfechtung der verfahrensrechtlichen Rechtmäßigkeit der Entscheidung. Die Frist für diese Maßnahme belaufen sich auf 60 Tage seit der Verkündung des endgültigen Urteils. In verwaltungsrechtlichen Fällen haben Gerichte lediglich helyezés hatályon kívül (Kassationshof) mit einer sehr geringen Anzahl von Ausnahmen (megváltoztatás reformatory). Für solche Fälle keine Auswirkungen auf Umwelt, kann daher nur in den Fällen Gerichte Verwaltungsentscheidungen und hebt gleichzeitig die Verwaltungsstellen, um die Fälle zu überprüfen.

Die Gerichtsverfahren sind spezifisch auf verschiedene Weise:

- Die meisten Fälle werden verwaltungsrechtliche Streitigkeiten im Umweltbereich, die Einbeziehung eines privaten Unternehmens, als Kläger und als Beklagter die Environmental Protection Agency (Umweltschutzbehörde)
- In solchen Fällen sind die rechtliche Beurteilung entschieden, ob die Verwaltungsentscheidung mit den geltenden Vorschriften übereinstimmt.
- Zweitens sind einige Fälle des privaten Rechts im Umweltbereich, z. B. in Fällen ihr Charakter als Entschädigung für Umweltschäden
- In diesen Fällen ist die Entscheidung des Rechtsstreits abhängt, häufig Sachverständigengutachten
- Umwelt-NRO beginnen kann, ersucht den Gerichtshof Klagen gegen Verursacher von Verschmutzungen, die Einleitung von vorbeugenden Maßnahmen und
- Solche Fälle sind allerdings äußerst selten und nicht wirksam sind, aufgrund der schwere Beweislast des Klägers NRO
- Es gibt nur sehr wenige ökologische Strafverfahren und fast keiner von ihnen endet mit einer effektiven Freiheitsstrafe Urteil

Im Hinblick auf die Gerichte normalerweise Ersuchen der Parteien des Rechtsstreits; Die Gerichte in einigen Fällen von Amts wegen tätig werden kann. Diese sind:

- entscheidet über die Übernahme der Kosten durch die Parteien
- eine Prüfung der Verschiebung der Anhörung
- Einleitung eines Vorabentscheidungsverfahrens vor dem Gerichtshof der EU
- Bei der Einleitung des Verfahrens zur Prüfung des Verfassungsgerichts, die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes
- Einleitung eines Verfahrens beim Obersten Gericht für die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes
- um Beweise vor und setzt die Anwendbarkeit einer Verwaltungsentscheidung in den Rechtssachen

III. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen

Zugang zu Informationen allgemein festgelegt ist und insbesondere in Bezug auf den Zugang zu Umweltinformationen. Jedoch Rechtsmittel gegen die Ablehnung oder die widerrechtliche/unzureichende Antwort auf einen Antrag auf Informationen über die Umwelt nicht spezifisch seien. Auf Antrag können die Informationen regelmäßig vor Gericht gegen die Entscheidung des Privatrechts oder des Fehlens von Informationen innerhalb von 30 Tagen, gerechnet ab der Zustellung der Versagungsentscheidung oder Ablauf der gesetzlichen Frist für die Bereitstellung von Informationen (15 Tage). Gerichte können die Inhaber der Informationen offenzulegen, die angeforderten Daten in einem begründeten Antrag stellen. Es ist eine autonome Verwaltungsstelle unter der Bezeichnung National Datenschutz und Informationsfreiheit (Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság) in die Informationsfreiheit, die Beschwerden eingereicht werden können. Die Behörde begründet wird, wenn der Antrag des betroffenen Organs kann die Rechtswidrigkeit zu beheben. Wenn die Behörde nicht beginnen kann, eine Klage gegen den betroffenen Organen. Die Ablehnung von Ersuchen um Informationen zu einem Warnhinweis in Bezug auf die Rechtsbehelfe. Denjenigen, die behaupten, dass ihr Informationsersuchen zu Unrecht abgelehnt oder wurde nicht angemessen beantwortet und richtet sich nach den folgenden Verfahrensvorschriften:

- Gericht sicherstellen müssen, dass ihre Forderung (entsandten) innerhalb von 30 Tagen nach der Ablehnung usw.
- Zur Einreichung einer Beschwerde oder der Behörde, nicht jedoch die Frist für derartige Anträge
- Das Gericht vorbringen muss den allgemeinen Anforderungen entsprechen, ein Gericht bestehen keine besonderen Anforderungen
- Es besteht keine Verpflichtung zur Vertretung durch einen Anwalt vor dem Gerichtshof
- die Beweislast umgekehrt wird, d. h. der Inhaber muss nachweisen, dass es Gründe für die Ablehnung usw.
- ex lege das Gericht des beschleunigten Verfahrens
- Ist kein Gericht zu zahlende Steuer die von der Klägerin behauptete

Zugang zu den Gerichten nicht die Offenlegung von Informationen, die zwischen den Parteien umstritten ist; Das Gericht hat daher darüber zu entscheiden, ob die Forderung in der Praxis die fraglichen Informationen nicht bekannt sind. Daher werden in solchen Angelegenheiten von Gerichten auf die Argumente der Parteien des Rechtsstreits. Gerichte können die Offenlegung von Informationen, wenn die Klage der Klägerin ist insoweit begründet.

IV. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in

Verwaltungsverfahren im Umweltbereich keine spezifischen Verfahrensvorschriften in Ungarn; Es handelt sich vor allem um die allgemeinen Verwaltungsverfahren beschlossen, die allgemein in fast allen Arten von verwaltungsrechtlichen Fällen. Mit einigen Gesetzen werden jedoch bestimmte Verfahrensschritte oder Anforderungen an die allgemeinen Vorschriften zu Verwaltungsverfahren. Diese Gesetze werden entweder auf sektorspezifische Umweltvorschriften (z. B. Abfallbewirtschaftung) oder einem horizontalen Umweltvorschriften (z. B. über die Umweltverträglichkeitsprüfung). Es gibt eine Reihe von Charakteristika und detaillierte sowie spezifische Verfahrensregeln für Verwaltungsverfahren im Umweltbereich. Diese sind:

- In fast allen Fällen von den regionalen für Umweltschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft (Környezetvédelmi, Természetvédelmi és Vízügyi Felügyelőség) mit nur wenigen Ausnahmen, die durch jegyző Bürokräften (Gemeinde)
- Es gibt nur 10 regionalen Umweltbehörden in Ungarn angepasst, und ihre territoriale Zuständigkeit nicht mit der regelmäßigen County Spaltung des Landes (Ungarn hat 19 Landkreise und 1 Kapitol), aber mit den großen Flusseinzugsgebieten und Wassereinzugsgebiete
- die Agenturen, ihre internen Experten haben daher bei ihnen nicht um externe Sachverständige für die Entscheidungsfindung
- in einigen Umweltverfahren dürfen länger dauern als die allgemeine Frist von 30 Tagen regelmäßig Verwaltungsverfahren, z. B. die Umweltverträglichkeitsprüfung kann höchstens für 3 Monate
- In einer Reihe von Fällen sind Gebühren zu entrichten (díj) anstelle des üblichen Aufgabenbereichs (illeték), und diese Entgelte können sehr hoch sein, in den wichtigsten Fällen (UVP und IPPC)
- Fälle mit Auswirkungen auf die Umwelt sind jedoch nicht von der Umweltinspektionen fallen in die Zuständigkeit verschiedener staatlicher Stellen oder der Regierungen bestimmter Abteilungen, z. B. Abteilung Forsten, Abteilung Verkehr, Bergbau, usw.
- mehr Sicherheit in der Regel für das Umweltmanagement, die Beteiligung der Öffentlichkeit und Transparenz als regelmäßige, in Form von Bekanntmachungen über öffentliche Anhörungen, die Klagebefugnis für nichtstaatliche Organisationen oder sogar

Verwaltungsentscheidungen, die angefochten werden können, mit Ausnahme der vorgesetzten Behörde Entscheidungen der Leiter einer Verwaltungsbehörde oder von einem auf der ersten Instanz. In einem solchen Fall steht es dem Gerichtshof einen direkten Rechtsbehelf gegen diese Entscheidung einlegen. Verwaltungsentscheidungen in erster Instanz dem Gerichtshof unmittelbar getroffen werden, d. h. die regelmäßige Rechtsmittel ausgeschöpft werden müssen, bevor ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden, außer in den oben genannten Fällen. Überprüfung, den Gerichten in Umweltangelegenheiten die formelle und materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidungen, d. h. nicht nur, ob der Inhalt einer Entscheidung im Einklang mit dieser Verordnung steht, sondern auch, ob die Entscheidung auf ordnungsgemäße Weise gesetzlich geregelt. „darüber hinaus“ auch Gerichte Verwaltungsentscheidungen und prüfen, ob die Unterlagen als Beleg für einen Beschluss in ordnungsgemäßer Weise durchgeführt wurden. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die UVP in Fällen, in denen Gerichte prüfen, ob die Erklärungen zur Umweltverträglichkeit wissenschaftlich durchgeführt wurden, und überprüfbarer Weise in ihre Durchführung externe Sachverständige hinzuziehen. Flächennutzungspläne finden in Form der Gemeinde (rendelet) und Entschließungen (határozat) beschränkt ist, die Möglichkeit, vor Gericht zu gehen. Lokale Rechtsvorschriften überprüft werden sie durch das Verfassungsgericht für mit der Verfassung vereinbar erklärt wurde, durch den Obersten Gerichtshof, für deren Übereinstimmung mit anderen höhere Normen überprüft und die Entschließungen des Rates sind jedoch von ordentlichen Gerichten, eingeleitet werden können diese Verfahren nur von der Komitatsämter (Megyei Kormányhivatal). Verfahren vor dem ordentlichen Gericht in solchen Angelegenheiten sind die gleichen wie im regelmäßigen verwaltungsrechtliche Verfahren.

UVP-Screening Entscheidungen gerichtlich überprüft werden können, ebenso wie ordnungsgemäß Verwaltungsentscheidungen. In solchen Fällen erhält der Projektträger, die UVP, die jede Person, deren Rechte und berechtigten Interessen beeinträchtigt werden (mit einer Immobilie oder ein eingetragenes Recht an einer Immobilie in der geplanten Entwicklung der im Umweltbereich tätigen NRO registriert) und alle in die tätig. In diesen Fällen entscheiden die ordentlichen Gerichte in Verwaltungssachen entscheiden, keine spezifischen Verfahrensvorschriften und kann nur bei der Vorprüfung aufzuheben.

Zum Umfang (Scoping) der UVP nicht in Form eines getrennten sachlichen Verwaltungsentscheidung; Daher gibt es keine Möglichkeit für eine gerichtliche Überprüfung derselben. Die Besorgnis über die Richtigkeit der in einem UVP-Verfahren zu behandelnden Fragen oder Themen, die während der UVP untersucht werden müssen, einen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung über die Gewährung oder Ablehnung der Umweltverträglichkeitsprüfung eine Umweltgenehmigung vor Erteilung der Fragen.

Materielle UVP-Entscheidungen in Form einer Genehmigung (Umweltgenehmigung Környezetvédelmi engedély gefordert). Diese angefochten werden können, in der ersten und der zweiten Instanz vom Gerichtshof überprüft werden können, die von der Verwaltung (ab dem 1. Januar 2013) und Arbeit. In solchen Fällen erhält der Projektträger, die UVP, die jede Person, deren Rechte und berechtigten Interessen beeinträchtigt werden (mit einer Immobilie oder ein eingetragenes Recht an einer Immobilie in der geplanten Entwicklung der im Umweltbereich tätigen NRO registriert) und alle in die tätig. Gibt es keine Verpflichtung, sondern eine praktische Notwendigkeit, externe Sachverständige in das Gerichtsverfahren, da das Gericht nicht in der Lage, zu entscheiden, wie in dieser komplizierten Fragen Feststellungen die Richtigkeit der UVP. Die Gerichte, das sowohl die formelle als auch die materielle Rechtmäßigkeit der Umweltgenehmigung, d. h. wenn der sektorspezifischen Umweltschutzvorschriften sowie das Verwaltungsprozessrecht eingehalten wurden während der Verwaltungsphase (UVP). Gerichte über die UVP Entscheidung und Überprüfung materieller und technischer Feststellungen und Berechnungen der Umweltverträglichkeitsstudie.

Es ist nicht notwendig, im Rahmen der UVP Verfahren zu beteiligen, um die Klagebefugnis vor dem Gericht jedoch in Fällen zu erfüllen, ist es erforderlich, die Anforderungen an die Klagebefugnis und verwaltungsrechtlichen Rechtsbehelf vor Einreichung einer Klage. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass das Unternehmen die gleiche Klage eingereicht, die die Erschöpfung des Verwaltungsrechtswegs; Die einzige Bedingung ist, dass UVP nur in zweiter Instanz dem Gerichtshof Entscheidungen getroffen werden können. Vorläufiger Rechtsschutz in Gerichtsverfahren möglich ist, gibt es jedoch keine besonderen Regeln für diese Verfahren geltenden Bedingungen gegenüber der allgemeinen Regelung des vorläufigen Rechtsschutzes an. Die zu erfüllenden Bedingungen in Abschnitt x sind nachstehend aufgeführt.

Wesentliche Entscheidungen über eine Genehmigung die zentrale ökologische Betriebserlaubnis (Egységes környezethasználati engedély). Diese angefochten werden können, in der ersten und der zweiten Instanz vom Gerichtshof überprüft werden kann. In solchen Fällen wird der Projektträger, den Unterlagen des Unternehmens, die jede Person, deren Rechte und berechtigten Interessen beeinträchtigt werden (mit einer Immobilie oder ein eingetragenes Recht an einer Immobilie in der geplanten Entwicklung der im Umweltbereich tätigen NRO registriert) und alle in die tätig. Gibt es keine Verpflichtung, sondern eine praktische Notwendigkeit, externe Sachverständige in das Gerichtsverfahren, da das Gericht nicht in der Lage, zu entscheiden, wie in dieser komplizierten Fragen über die Richtigkeit der Feststellungen. Die Gerichte die formelle und die materielle Rechtmäßigkeit der einheitlichen ökologischen Betrieb gestattet, d. h. wenn der sektorspezifischen Umweltschutzvorschriften sowie das Verwaltungsprozessrecht eingehalten wurden während des vorgerichtlichen Verfahrens (IPPC). Die IVU-Richtlinie gerichtlichen Entscheidung über das materielle und technische Ergebnisse und Überprüfung der IVU-Richtlinie Unterlagen und Berechnungen.

Es ist nicht erforderlich, dass Verfahren teilzunehmen, um die IVU-Richtlinie vor Gericht klagen, aber im Rahmen der IVU-Richtlinie ist es erforderlich, die Anforderungen an die Klagebefugnis zu erfüllen und verwaltungsrechtlichen Rechtsbehelf vor Einreichung einer Klage. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass das Unternehmen die gleiche Klage eingereicht, die die Erschöpfung des Verwaltungsrechtswegs; Die einzige Bedingung ist, dass nur die Entscheidungen in zweiter Instanz vor Gericht gebracht werden können. Vorläufiger Rechtsschutz möglich ist, im Rahmen der IVU-Richtlinie gibt es jedoch keine besonderen Regeln für diese Verfahren geltenden Bedingungen gegenüber der allgemeinen Regelung des vorläufigen Rechtsschutzes an. Zu erfüllende Bedingungen sind die gleichen wie in Gerichtsverfahren.

V. Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, ihre Ansprüche vor Gericht unmittelbar gegen Privatpersonen oder juristischen Personen. Zunächst einmal getan hat, wenn der Beklagte, Schaden der Klägerin regelmäßig beanspruchen kann, der Ausgleich für den Verlust des privaten Rechts. Ein Teil dieser, wie der Kläger beschädigt werden kann, kann beantragen, den Beklagten zu verurteilen, den Schaden zu vermeiden. Für den Fall, dass der Beklagte betreibt eine gefährliche“ (veszélyes üzem) oder (was eine gefährliche Tätigkeit ausübt, ist jede Tätigkeit, bei der die Umwelt als Ressource oder als spezifische Emissionen), dann ist die Beweislast auf den Beklagten übergeben und er muss nachweisen, dass der Schaden infolge des unvermeidlichen äußere Ursache (objektive oder verschuldensunabhängige Haftung). Zweitens, als direkte Forderungen formuliert werden können (Immissionen) in der Rechtssache kereset birtokvédelmi führt die Klägerin dem Beklagten mit Umweltauswirkungen, z. B. Rauch, Lärm und andere Störungen. Diese Option findet vor allem in der Nachbarschaft, wenn der Kläger und der Beklagte ihren Wohnsitz in der Nähe. Drittens kereset személyiségvédelmi persönliche Integrität Forderungen eingereicht werden können) gegen diejenigen, die die Integrität des Einzelnen beeinträchtigen, einschließlich der Gesundheit, des Wohlergehens, des Rechts auf Leben oder das Recht auf Wohnung. Außerdem wurde das Umweltschutzgesetz und des Naturschutzgesetzes enthalten sowohl eine Chance für Umwelt- und/oder des Naturschutzes, NRO oder vor Gericht zu klagen, die gegen schädlichen natürlichen Werte anzusehen. Solche Fälle werden durch regelmäßige private Gerichte entschieden, und die Antragsteller können beantragen, den Beklagten zu beenden und eine Schädigung der natürlichen Umwelt/Verschmutzung vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung der Verschmutzung oder Beschädigung.

Forderungen gegenüber staatlichen Stellen kann in zwei mögliche Fälle:

- wenn die staatliche Einrichtung, die Verursacher sind dann für sie dieselben Vorschriften gelten wie für regelmäßige Verursacher
- Wenn die Verwaltungsbehörde wurde das Beschlussfassungsverfahren (verfahrensmäßig fehlerhaft oder inhaltlich) und der Fehler, die eine bestimmte Schwelle erreicht (Außerordentliche, zielgerichtete oder grob fahrlässig) als Entschädigung kann von der Verwaltungsbehörde ein Schaden entstanden, die durch diese

Die Angelegenheiten im Bereich der Umwelthaftung durch Ungarn benannte zuständige Behörde ist die für Umweltschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft (Környezetvédelmi, Természetvédelmi és Vízügyi Felügyelőség). Ein Antrag kann für die Haftung dieser Agenturen vorgelegt werden regelmäßig anhand der im Wege der Kommunikation, z. B. per Post, E-Mail, Telefon, Fax oder auf persönliches Erscheinen in der Bürozeiten an den Helpdesk der Agentur. Ist ein Antrag auf die üblichen Anforderungen zu erfüllen diese Anforderungen, z. B. enthalten den Namen und den Aufenthaltsort mitteilen, der Beschreibung des Sachverhalts und eine eindeutige Aufforderung zum Handeln. Die NRO können ebenfalls Anspruch auf die Einreichung eines solchen Antrags durch das Umweltschutzgesetz. Gerichtliche Nachprüfung der Entscheidungen der Agentur in Fragen der Umwelthaftung unterscheidet sich je nach Art der Entscheidung. Wird der Beschluss über die Umwelthaftung, die als solche der Überprüfung sind die gleichen wie bei regulären Verwaltungsentscheidungen, da die Agentur eine förmliche Entscheidung zu treffen hat, auch in solchen Fällen keine Haftung geht, und eine besondere verfahrensrechtliche Regelung haben. Für den Fall, dass die Entscheidung der Umweltschutzagentur handelt es sich in der Tat um eine Antwort auf eine Aufforderung zum Tätigwerden besteht keine gerichtliche Nachprüfung vor. Diese Entscheidungen sind vielmehr Antworten auf Ersuchen; Letztere mit dem Umweltschutzgesetz als auch die Umweltbehörden und die Öffentlichkeit nur Beschwerden. Und weil es keine förmlichen Verwaltungsentscheidungen müssen, gibt es Beschwerden aus der Öffentlichkeit, dass keine Entscheidung getroffen werden könnte, den Gerichtshof anzurufen. Die Umwelthaftung ist hauptsächlich durch die staatliche Verwaltung, die ihre Befugnis zum Erlass von Verwaltungsentscheidungen in Haftungsfragen. Private Einrichtungen können gravierende Einschränkungen Umwelthaftung durchzusetzen. Sie gilt nur für nichtstaatliche Umweltorganisationen und Nichtregierungsorganisationen können solche Klagen gegen Akte oder die schädlichen natürlichen Werte anzusehen. Solche Fälle werden durch regelmäßige private Gerichte entschieden, und die Antragsteller können beantragen, den Beklagten zu beenden und eine Schädigung der natürlichen Umwelt/Verschmutzung vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung der Verschmutzung oder Beschädigung.

VI. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten

Für den Fall, dass ein Umweltproblem, doch gibt es noch andere Wege der Rechtsbehelfe neben den Maßnahmen der Verwaltungsbehörden und Gerichte bei Rechtsstreitigkeiten. Einige dieser Abhilfen in den tatsächlichen Problemen gerecht zu werden (z. B. Umweltverschmutzung), während andere einen vermuteten Missstands für Umweltprobleme anzugehen, durch die öffentliche Hand. Diese sind:

- Staatsanwaltschaft (ügyész): Staatsanwälte sind zwei Arten von Befugnissen, mit denen sie sich auf beide Arten von Problemen: Verschmutzung und Misswirtschaft. In Bezug auf die Luftverschmutzung durch den Staatsanwalt befugt ist, ein Umweltschutzgesetz Verursacher Klage gegen eine Anordnung zur Einstellung der Tätigkeit oder zur Zahlung einer Entschädigung den Verursacher; Auch nach der Zivilprozessordnung begonnen, kann die Staatsanwaltschaft, wenn diese Klage nicht berechtigt sind, die nicht in der Lage sind, ihre Rechte durchzusetzen, wenn die Durchsetzung der Rechte, mit Ausnahme der personenbezogenen Durchsetzungsmaßnahmen erforderlich. In Bezug auf Missstände in der Verwaltung, der Staatsanwaltschaft, die in ihre Zuständigkeit fallen, können im öffentlichen Interesse schützenswerte felhívás) eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (für jede Behörde gegen die endgültige Entscheidung nicht, dass die von dem Gericht für rechtswidrig. Für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen innerhalb eines Jahres und dem Adressaten der Aufforderung ist die höchste Stelle des Organs. Bei der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen kann die Staatsanwaltschaft nicht mit einer Klage gegen die rechtswidrige Entscheidung.
- Bürgerbeauftragten (Alapvető Jogok Biztosa): Der Bürgerbeauftragte kann Untersuchungen der Handlungen oder Unterlassungen von Behörden und für den Fall, dass der letztgenannte Schaden oder die Grundrechte der Bürger gefährdet werden, entsprechende Maßnahmen ergreifen können. Dazu gehören beispielsweise: eine Empfehlung abgeben, in der die vorgesetzte Behörde zu untersuchen, einen Prozess einzuleiten, bei der Staatsanwaltschaft, leitet sie ein Verfahren bei den nationalen Datenschutz und Informationsfreiheit, einen Prozess einzuleiten, bei dem Verfassungsgericht oder Verwaltungsgericht als amicus curiae in Verfahren in Umweltangelegenheiten.
- Stellvertretender Ombudsmann für künftige Generationen ein jövő (Alapvető Jogok védelmét biztosának ellátó érdekeinek nemzedékek helyettese): Dieser Standpunkt wurde zuvor ein unabhängiges Umweltschutz Stellung; Ab dem 1. Januar 2012 ist die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden. Befugnisse des Stellvertretenden Bürgerbeauftragten sind: Die Durchsetzung der Interessen künftiger Generationen regelmäßig über den Bürgerbeauftragten, seine Eindrücke, lenkt die Aufmerksamkeit des Bürgerbeauftragten für die Gefahr der Rechtswidrigkeit einer größeren Gruppe von Menschen, die Einleitung einer Untersuchung durch den Bürgerbeauftragten im Rahmen solcher Untersuchungen mitwirken, und schlägt ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof.
- Für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság): Die Behörde, die Informationen erhält, Beschwerden in Fragen der Freiheit, Informationen anfordern, wenn sie rechtswidrig verweigert wurde. Die Behörde begründet wird, wenn der Antrag des betroffenen Organs kann der Antrag auf Berichtigung rechtswidrig abgelehnt. Wenn die Behörde nicht beginnen kann, eine Klage gegen den betroffenen Organen.
- Die nationalen Kontaktstellen: In Fällen, in denen ein multinationales Unternehmen ein Umweltproblem verursacht hat, besteht die Möglichkeit, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die auch eine Reihe von Umweltvorschriften haben. In diesem Fall kann eine Beschwerde beim ungarischen nationalen Kontaktstellen innerhalb der Abteilung für internationale und europäische Angelegenheiten im Ministerium für nationale Wirtschaft (nemzetgazdasági Minisztérium). Die Kontaktstelle der betroffenen Parteien zusammenkommen und versuchen, zu einer Einigung zu gelangen, und auch eine Erklärung mit den Fall abschließen.

Private Strafverfolgung ist nur in sehr begrenzten Fällen und in Bezug auf die begangenen Verbrechen gegen die Person und nicht auf die Umwelt. Ein solcher Fall kann jedoch die ökologische Relevanz; Es ist der Verleumdung (Verleumdung). In diesen Fällen wird die Abgabe von privaten Personen vertreten habe (der Beleidigung oder Verleumdung aussprechen). Solche Fälle können ökologische Bedeutung haben, wenn gegen Umweltaktivisten und NRO als Teil eines slapp (strategische) Klage gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit.

Im Fall von Missständen in der Verwaltungstätigkeit (unangemessene administrative Untätigkeit oder Unterlassung), gibt es eine Reihe von Abhilfemaßnahmen zur Verfügung, wie z. B.:

- Beschwerde an den Bürgerbeauftragten (siehe oben)
- Beschwerde an die Staatsanwaltschaft, siehe oben
- Beschwerde an den nationalen Datenschutz und Informationsfreiheit, siehe oben
- bei einem Schweigen der Verwaltung, die vorgesetzte Behörde fordert das beschlussfassende Organ, tätig zu werden, wenn eine Partei eine Petition eingereicht hat, der Fall ist; Auch wenn die Untätigkeit der vorgesetzten Behörde benennen, kann

eine andere Behörde mit der gleichen Zuständigkeit, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen; im Falle der Aufforderung durch die Staatsanwaltschaft das Stillschweigen der Verwaltung ein Ende zu keinem Ergebnis geführt hat, kann die Staatsanwaltschaft beim Gerichtshof ein Verfahren einzuleiten.

VII. Klagebefugnis

Klagebefugnis	Verwaltungsverfahren	Gerichtliches Verfahren
Einzelpersonen	Personen, deren Rechte oder berechnigte Interessen durch die Rechtssache klagebefugt sind. Das Gesetz regelt, wenn diese Personen eine Immobilie im Einwirkungsbereich einer Anlage oder Tätigkeit oder deren Rechte an solchen Immobilien amtlich registriert sind.	Kann jeder an einem gerichtlichen Verfahren befugt, die Rechte und Pflichten haben kann; Dies ist jedoch nur die Fähigkeit, klagebefugt sind. In der Tat haben diejenigen, die gesetzlich befugt sind, Rechte oder rechtmäßige Interessen betroffen sind. Dies kann beispielsweise durch den Nachweis belegt werden, dass die Person, die am Verwaltungsverfahren vor der gerichtlichen Phase in einem Fall.
NRO	Recht auf rechtliches Gehör einzuräumen, NRO, deren Tätigkeit sich auf den Schutz eines Grundrechts oder der Förderung des öffentlichen Interesses. Umwelt-NRO klagebefugt sind, wenn sie im Verwaltungsverfahren im Umweltbereich im Einwirkungsbereich einer Tätigkeit oder Anlage.	NRO haben über die Klagebefugnis in Umweltangelegenheiten in zwei verschiedene Sachverhalte. a) im Verfahren gegen Verwaltungsentscheidungen, die im Umweltbereich tätigen Nichtregierungsorganisationen Parteistellung haben, die eine Aktivität oder Einrichtung. b) kann ein nichtstaatlichen Umweltorganisationen und Verursacher Klage gegen den Gerichtshof ersuchen, die Einstellung der Tätigkeit oder der Einleitung von vorbeugenden Maßnahmen durch den Verursacher.
Andere juristische Personen	Andere juristische Personen oder Organisationen ohne Rechtspersönlichkeit haben, wenn ihre Rechte oder rechtmäßige Interessen betroffen sind, der Fall ist.	Andere juristische Personen oder Organisationen ohne Rechtspersönlichkeit haben, wenn ihre Rechte oder rechtmäßige Interessen betroffen sind, der Fall ist.
Ad-hoc-Gruppen	Ad hoc, nicht registrierte Vereinigungen sind rechtlich nicht verbindlich.	Ad hoc, nicht registrierte Vereinigungen sind rechtlich nicht verbindlich.
ausländische NRO	Ausländische NRO im Allgemeinen nicht, da im Hoheitsgebiet Ungarns tätig sind, sind sie in diesen Verfahren keine Klagebefugnis nichtstaatlicher Organisationen, die in Ungarn registriert. Unter besonderen Umständen, z. B. auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit anderen Ländern oder in Fällen der Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, stehen ausländische NRO Rechte ausüben können.	Ausländische NRO im Allgemeinen nicht, da im Hoheitsgebiet Ungarns tätig sind, sind sie in diesen Verfahren keine Klagebefugnis nichtstaatlicher Organisationen, die in Ungarn registriert. Unter besonderen Umständen, z. B. auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit anderen Ländern oder in Fällen der Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen, stehen ausländische NRO Rechte ausüben können.

So	Diejenigen Stellen, deren Aufgaben von dem Fall betroffen sind, aber nicht an der Beschlussfassung im Fall	Diejenigen Stellen, deren Aufgaben von dem Fall betroffen sind, aber nicht an der Beschlussfassung im Fall
nsti		
ge	Parteistellung haben kann.	Parteistellung haben kann.

Erhebliche Unterschiede gibt es keine Verfahren für Einzelpersonen in sektorale Umweltschutzvorschriften. UVP- und IPPC-Richtlinie offener Prozesse werden in der Regel aufgrund der Tatsache, dass alle Menschen mit Klagebefugnis ist oder wohnt, über die Auswirkungen der geplanten oder betriebenen Einrichtungen/Tätigkeiten. Verfahren jedoch im Straßenbau und für Atomenergie, die Klagebefugnis von Einzelpersonen stärker eingeschränkt ist. Wie bereits erwähnt, haben besondere Klagebefugnis nichtstaatlicher Organisationen im Umweltbereich, die Verwaltungsverfahren durch den Obersten Gerichtshof gekennzeichnet, in denen die regionale Umweltagentur ist ein Entscheidungs- oder einem im Mitentscheidungsverfahren zu erlassenden Behörde. Ausländische Personen und NRO haben eine besondere rechtliche Stellung ergebenden Regelung für das Übereinkommen von Espoo in grenzüberschreitenden Fällen. Damit ist gewährleistet, dass die von einer geplanten Tätigkeit betroffene im Ausland in den Genuss vergleichbarer Klagebefugnis, da die Betroffenen in Ungarn.

Die „actio popularis“ ist nicht wirklich erkennbar in Ungarn, d. h. kann jedermann die Möglichkeit, vor Gericht gegen eine Verwaltungsentscheidung oder die Handlung oder Unterlassung einer anderen Person geführt hat, ohne ein Rechtsschutzinteresse haben. Zuvor gab es bereits eine Popularklage gegen eine normative Handlung vor dem Verfassungsgericht; seit 2012. Januar 1 (Inkrafttreten der neuen Verfassung Ungarns), ist dies nur in Fällen, in denen die betroffene Person durch die Anwendung eines für verfassungswidrig erklärte Norm.

Parteistellung haben auch bei den anderen Organen wie folgt:

- Bürgerbeauftragter: Der Bürgerbeauftragte kann als amicus curiae in den Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten
- Staatsanwaltschaft: der Staatsanwalt befugt ist, von Beginn des Umweltschutzgesetzes Verursacher für eine Klage gegen eine Einstellung der Tätigkeit oder die Anordnung der Verursacher zur Zahlung einer Entschädigung; Auch nach der Zivilprozessordnung begonnen, kann die Staatsanwaltschaft, wenn diese Klage nicht berechtigt sind, die nicht in der Lage sind, ihre Rechte durchzusetzen, wenn die Durchsetzung der Rechte erfordert personenbezogenen Durchsetzungsmaßnahmen
- Datenschutz und Informationsfreiheit Behörde: Die Behörde hat keine Klagebefugnis, Klage gegen die rechtswidrige Informationen von öffentlichem Interesse zu handeln und die Ablehnung im Einklang mit der vorhergehenden Aufforderung zum Tätigwerden der Behörde

UVP- und IPPC-Richtlinie Regeln zur Klagebefugnis von Einzelpersonen/NRO und Zugang zur Justiz haben, wenn das Verfahren nur eine UVP und einem Genehmigungsverfahren gemäß der IPPC-Richtlinie. Im allgemeinen für Umweltschutzmaßnahmen (z. B. Luftqualität Emissionsgrenzwerte, die Grenzwerte für Geräuschemissionen, Abfallbewirtschaftung usw.) regeln das allgemeine Ansehen, d. h. wie in der vorstehenden Matrix.

VIII. Rechtliche Vertretung

Die Rolle der Rechtsanwälte ist für natürliche und juristische Personen bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Sie sind Teil eines größeren Systems der Komponenten (Staatsanwälte, Richter usw.) fördern die Rechtsstaatlichkeit. Rechtsanwälte können zugelassen werden, Rechtsanwälten, die sich Kunden erfolgen auf vertraglicher Basis beschäftigt werden können Rechtsanwälte oder staatliche Einrichtungen. Durch die Anwälte der Einrichtungen oder des Ministeriums für ländliche Entwicklung (de facto) des ungarischen Ministeriums für Umwelt, Anwendung des Umweltrechts täglich. Ihre Zahl ist zwischen 50 und 100 in Ungarn. Die privaten Rechtsanwälten, Einzelpersonen oder Unternehmen Kunden haben, wenn die zur Anwendung des Umweltrechts oder den Betrieb solcher Einrichtungen bzw. dies erfordern. Ihre Zahl ist nicht vorhersehbar. Umwelt im öffentlichen Interesse gegen Verursacher von Rechtsanwälte vertreten Mandanten oder für die Vollstreckung gegen die staatliche Verwaltung der Umwelthaftung zur Vermeidung potenziell umweltschädliche Entwicklungen. Ihre Zahl ist zwischen 5 und 10 in Ungarn. Rechtsbeistand nicht zwingend vorgeschrieben ist, in den meisten Gerichtsverfahren, und in den Rechtssachen). Die wenigen Ausnahmefälle, in denen eine anwaltliche Vertretung vorgeschrieben ist, sind folgende:

- Beschwerdeverfahren vor den regionalen Gerichten
- vor dem Obersten Gerichtshof Rechtsmittel
- Das Verfahren vor dem Gericht, außer in Fällen, in denen der materielle Wert 100 000 EUR nicht übersteigt, von Prozessen in Bezug auf die Entschädigung für Missstände in Fällen, Presse und Schutz der persönlichen Integrität für Verwaltungs- und Gerichtsverfahren

Es gibt eine Reihe von spezialisierten Rechtsanwälte in Umweltangelegenheiten, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Nur wenige große Anwaltskanzleien Werbung für ihr Portfolio umfasst und diese sind in der Regel die größten im Land. Einige Anwälte für Firmenkunden, deren Betrieb umfasst die Durchführung von Umweltvorschriften regelmäßig ihre Namen jedoch nicht bekannt sind. Einige Anwälte geltend machen, dass sie in den Augen der Öffentlichkeit werden Experten des Umweltrechts (z. B. unter aufsehenerregenden Fällen wie der Umwelt, in dem der Beklagte, die möglichen Auswirkungen des 2010. Oktobers Rotschlamm). Dies scheint jedoch eher eine einmalige Maßnahme weder durch die allgemeinen Portfolios Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Schließlich gibt es nur wenige Nichtregierungsorganisationen, die sich in den Bereichen Umweltrecht, entweder durch die Einstellung von Rechtsanwälten für ihre eigenen Fälle (3-4) oder durch NRO, die dazu beitragen, das öffentliche Interesse im Umweltbereich tätigen NRO (1-2).

Es gibt eine Reihe von Datenbanken, die den Menschen dabei helfen, Environmental Lawyers finden. Im Falle von Fragen, z. B. Genehmigungsantrag, Beschwerde gegen eine Sanktion usw. gibt es eine Reihe von Datenbanken, die es ermöglichen, die Suche im Internet verfügbaren zugelassenen Rechtsanwälten die Spezialisierung auf das gesamte Land. Ergänzt werden kann dies durch die thematischen Seiten der Websites, bei denen wichtige umweltpolitische Rechtsanwälte abgerufen werden können. Im Falle öffentlichen Interesses, Environmental Lawyers Fragen gefunden werden kann, entweder direkt über das Internet oder durch Kontaktaufnahme mit im Umweltbereich tätigen NRO. Diese werden eindeutig auf die Verfügbarkeit und die Kontaktdaten des öffentlichen Interesses des Umweltrechts zuständig ist. Schließlich bei der Suche nach Rechtshilfe die Prozesskostenhilfe Dienst des Ministeriums für öffentliche Verwaltung und Justiz unterhält eine Website, auf der die Datenbank von Rechtsbeiständen, die im Rahmen der Prozesskostenhilfe tätigen NRO und durchsucht werden können, dies ist jedoch nicht die Funktion der Suche nach Spezialisierung.

IX. Nachweise

Die beim Gerichtshof anhängigen Rechtssachen fallen nicht unter eine andere Verordnung als Zivil- oder verwaltungsrechtliche Verfahren. Dies bedeutet, dass die Verfahrensregeln, nach denen Beweise dafür beibringen müssen, etwas zu beweisen interessiert sind. Die Klägerin am häufigsten ist. In Ungarn ist ein System des freien Beweise nicht nachgewiesen hat, d. h. einen bestimmten Alkoholgehalt und jede Form der Nachweise (Zeugenaussagen, Sachverständigengutachten, einem Ort, Dokumenten, Gegenständen) nachweisen können, dass in einem gerichtlichen Verfahren einen Standpunkt. In den Fällen jedoch ist die überzeugendste Sachverständigengutachten.

Im Einklang mit dem Grundsatz der freien, kein einzelnes Beweismittel den Nachweis zu erbringen hat, d. h. einen vordefinierten Wert sein Argument kann durch jedes Beweismittel nachgewiesen werden. Das Gericht ist nicht verpflichtet, sondern durch jedes Beweismittel akzeptieren muss die Richtigkeit der Feststellungen im sogenannten öffentlichen Dokumente (közokirat von Behörden ausgestellt wurden, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Gericht freisteht, in Verbindung mit anderen Beweismitteln den Nachweis zu bewerten. Im Falle eines Gutachtens unklar oder unvollständig, widersprüchlich oder mit einem anderen Gutachten, der Stellungnahme klargestellt werden muss, sondern das Gericht einen Sachverständigen bestellen können. Parteien eines Gerichtsverfahrens frei über die Einführung neuer Beweismittel allerdings sind sie ein paar grundlegende Vorschriften gebunden:

- die Nachweise rechtzeitig eingeführt werden, d. h. es kann nicht dazu führen, dass das Verfahren in unvertretbarer Weise
- Der Gerichtshof ist, wenn er verpflichtet, ihn unverzüglich angeboten wurde oder gegen die Vorschriften des guten Willens Rechtsstreitigkeiten
- Kosten der Beweise für die Einleitung von denjenigen getragen werden, die jedoch später ändern kann, der unter Verwendung des „Loser-pays“ -Prinzips

Der Gerichtshof leitet in der Regel nicht, da die Rolle des Gerichtshofs einen Rechtsstreit zu entscheiden ist und nicht die ultimative Wahrheit aufzudecken. Der Gerichtshof hat jedoch auf eine gezielte Frage zu informieren, die ihre Argumentation, die Anteile der Parteien noch nicht genügend Beweise. Darüber hinaus kann das Gericht in Ausnahmefällen in Verwaltungs-Gerichtsverfahren einleiten, wenn beispielsweise fest, dass der Verwaltungsakt nichtig ist, um diese Feststellung zu untermauern.

Hat ein Sachverständiger, der in das Verfahren einbezogen werden, wenn eine besondere Notwendigkeit besteht, zu wissen, dass die Richter keine anderen (ein). In diesem Fall können die Parteien beantragen, dass der Gerichtshof eine gerichtliche Sachverständige zu beauftragen, im Ministerium für öffentliche Verwaltung und Justiz, auf der Liste der Sachverständigen ein Gutachten vorlegen. Falls es kein solches verfügbaren Experten über die erforderlichen Kenntnisse, kann vom Gericht angeordnet werden. Die Parteien können sich auch private Gutachten Experten und legt dem Gerichtshof jedoch, ihr Gewicht im Entscheidungsprozess des Gerichtshofes etwas hinter den gerichtlichen Sachverständigengutachten der offiziell beauftragt. Die jüngste Rechtsprechung des Obersten Gerichts allerdings eingeräumt, dass diese Gutachten nicht nur das Vorbringen der Parteien zum Ausdruck, sondern Teil des Pools von Beweismitteln.

Sachverständigengutachten beauftragt, (private und offizielle) sowohl für den Gerichtshof nicht verbindlich sind, so dass der Gerichtshof davon ablenken würde. Ihre Überzeugungskraft, jedoch ergibt sich aus ihrer Art und gut begründet jede Abweichung von den Feststellungen des Gerichts begründet werden müssen, entweder durch Bezugnahme auf die erwiesene Tatsachen oder auf sonstige Gutachten vorgelegt. Andernfalls könnte der Gerichtshof die Aufhebung des Urteils des Obersten Gerichtshofs für ein ordnungsgemäßes Verfahren durchgeführt hat, nicht belegen.

Unterlassungsverfahren, X.

Im Falle einer Verwaltungsentscheidung, die das Rechtsmittel eingelegt wird, und die automatische aufschiebende Wirkung hat, durch die Entscheidung gewährte Rechte ausgeübt werden können. Die Entscheidungen der ersten Instanz erklären kann, ihre Entscheidung jedoch sofort vollstreckbar, wenn sie erforderlich ist zur Verhinderung oder Beseitigung einer lebensbedrohlichen oder sehr nachteilige Lage, wenn die nationale Sicherheit, die Landesverteidigung und die öffentliche Ordnung erfordert, oder ein weiteres Gesetz ermöglicht es – unter anderem – in den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz, Schutz der öffentlichen Gesundheit, historisches Denkmal usw. Grund und Boden. Eine Klage gegen eine endgültige Verwaltungsentscheidung keine automatische aufschiebende Wirkung hat, die jedoch während des Verfahrens oder zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden können, einen Antrag auf Aussetzung der Vollstreckbarkeit der angefochtenen Verwaltungsentscheidung. Nach Eingang des Antrags entscheidet der Gerichtshof über die Aussetzung innerhalb von 8 Tagen. Kriterien, die bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden: die ursprüngliche Situation wiederhergestellt werden kann, so wird der Schaden größer als der Aussetzung ausgesetzt würde.

Ein Antrag auf einstweilige Verfügung kann nicht vor der eigentlichen Antrag einzureichen (kereset) oder aber nur dann mit dieser zusammen. Anordnung kann gewährt werden, wenn dies erforderlich ist, um einen Schaden zu verhindern, die unmittelbar die Aufrechterhaltung einer Situation, die Anlass zu dem Rechtsstreit, der Schutz der Rechte des Antragstellers und den Schaden, der durch die Maßnahme erzielten Vorteile nicht überschreitet, mit der Anordnung. Der Gerichtshof kann die Anordnung einer cross-undertaking in Schadensersatz abhängig zu machen. Der Gerichtshof hat in einem beschleunigten Verfahren zu beschließen, die einstweilige Verfügung auf. Der Gerichtshof kann die Entscheidung über die einstweilige Verfügung angefochten werden.

XI. Kosten

Um ein Gerichtsverfahren einzuleiten, hat die Klägerin zur Zahlung der Steuer oder Abgabe (illeték). Später, im Laufe des Verfahrens müssen die Beweise bei im Voraus (werden) durch das Gericht die Beweise die Einleitung. Im Falle eines Zeugen zu einer Anhörung reisen muss, die seine Anhörung eingeleitet, die die Kosten zu tragen haben und an die Stelle der Zeugin getreten. Auch die Einlegung eines Rechtsmittels zu tragen haben (das Rechtsmittelgericht fellebbezési illeték). Während der Gerichtshof zuständig ist, selbst für die Zahlung der Rechtsanwaltskosten. Nach Erlass des Urteils schließlich hat die unterlegene Partei trägt die Kosten der obsiegenden Partei gezahlt.

Einem ordentlichen Gericht gegen eine Verwaltungsentscheidung Steuer beläuft sich auf 100 EUR. In Fällen, die sogenannte Steuer hängt vom Gericht auferlegte finanzielle Wert der Fall, z. B. die Höhe des Schadensersatzes seitens der Beklagten. Der Gerichtshof diese Steuer beträgt 6 % des Wertes, aber mindestens 50 EUR und höchstens 5 000 EUR. Da es keine Rechtsmittel in den Rechtssachen besteht kein Gericht zu zahlende Steuer in solchen Fällen. In Fällen ein Rechtsmittel sich auf 8 % des Wertes der im Wert von mindestens 50 EUR und höchstens 8 350 EUR. Für die Deckung außerordentlicher Rechtsbehelf, wenn ein entsprechender Antrag gestellt wird, hat dessen Gericht Steuer beträgt 10 % des Wertes der Fall, aber mindestens 165 EUR und höchstens 11 670 EUR.

In den Rechtssachen, die den anderen Kostenkategorien, extrem unterschiedlich sein kann, der nach dem folgt, ist eine Schätzung auf Grundlage einer ständigen Praxis:

- Reisekosten der Zeugen: 10 bis 50 EUR
- Gebühr für Zeugen für entgangenes Einkommen/Lohn: 50 bis 100 EUR
- Kosten für die Organisation eines Besuchs vor Ort durch den Gerichtshof: ENTFÄLLT
- Gutachten: der Bewertung von Immobilien im Fall: 200 bis 1000; Schutz der Persönlichkeit Health Report: 200 bis 800; die Luftqualität oder Lärm vor Ort an der Überwachung der Emissionen: 1000 bis 4000; Überwachung des Naturschutzes vor Ort von 4000 bis 8000; Lesung umfangreiche Material, z. B. eine Umweltverträglichkeitserklärung (környezeti hatástanulmány): 1000 bis 2 000 EUR
- der Anwaltsgebühr sind Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien und der Preise, sondern mittels Marker in Höhe von 40 können für eine Arbeitsstunde in Höhe von 200 EUR, können jedoch auch eine Gebühr von 15 bis 40 %, erfolgreich die erworbenen Betrags zulässig ist

Ein Antrag auf einstweilige Verfügung ist kostenlos, doch der Gerichtshof kann die Zustellung der Anordnung von der Zahlung einer Entschädigung oder cross-undertaking in. Dieser Betrag im Umweltbereich – insbesondere in aufsehenerregenden Fällen wie große Infrastrukturprojekte“ UVP – beläuft sich auf 4 000 EUR pro Tag.

Die Anlastung der Kosten von Rechtsstreitigkeiten in der Entscheidung festgelegt werden. Das „Der Verlierer zahlt, die Kosten der obsiegenden Partei, mit bestimmten Ausnahmen, z. B.:

- Für den Fall, dass der Beklagte keinen Anlass zu dem Verfahren in der ersten mündlichen Verhandlung einräumt, und seine Aufgaben werden die Kosten vom Antragsteller getragen werden,
- Parteien des Verfahrens vergeblich, fehlende Fristen mit unangemessener Verzögerung oder unnötige Kosten verursachen, oder sonst zu tragen hätte, diese Kosten
- Jemand, der in einem Rechtsstreit in der Rechtssache trotz einer Einigung, die im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens aufzuerlegen, können ungeachtet ihres Erfolgs in der Rechtssache
- im Falle einer teilweisen Win, definiert der Gerichtshof die Tragung der Kosten in einem angemessenen Verhältnis zu dem Verhältnis von Gewinn/Verlust von einer Vertragspartei
- bei diesem Verhältnis ist etwa selbst, kann der Gerichtshof beschließen, dass jede Partei ihre eigenen Kosten trägt,
- im Falle eines amicus curiae in der Rechtssache und ihr Seite gewinnt, seine Kosten zu Lasten der Verlierer verliert, aber nur, wenn ihr diese Kosten zu Lasten der „amicus curie, die sich aufgrund ihrer Teilnahme an dem Verfahren

XII. Finanzhilfe-Mechanismus

Es gibt zwei wichtige Arten von Befreiungen oder Ermäßigungen: diejenigen, die dies nicht tun, eine Entscheidung des Gerichtshofes erforderlich und BIP-wirksamen Konzeptänderungen. Im Rahmen dieser Entscheidung nicht erforderlich, dass einige allowed hängen von der Art und einige sind auf die Art der Antragsteller.

Hinsichtlich der kostenlosen Zertifikate für gesetzlich festgelegte Kategorien gibt es eine Reihe von Verfahren, die eingeleitet werden kann, ohne ein Gericht ist, sondern nur eine ökologische Dimension: Die Informationen, die für die Durchsetzung der Fall. Keine anderen Arten von Fällen erfordern die vorherige Zahlung der Steuer, die nur der Verlierer zahlt, um anschließend die Steuern. Derartige Fälle werden mit potenziellen ökologischen Relevanz

- Entschädigung in Fällen, in denen die Person einen Schaden erlitten habe, die ihr Leben bedroht, Unversehrtheit und Gesundheit
- Schutz der Persönlichkeitsrechte Fälle
- Schadensersatzklagen gegen die öffentliche Verwaltung
- Die Gerichtsverfahren gegen Verwaltungsentscheidungen

Schließlich gibt es auch Fälle, in denen es keine spätere Auszahlung vor, sondern lediglich die Kosten des Verfahrens (költséjfeljegyzési suggerieren). Solche Fälle mit ökologischer Relevanz sind die Fälle von Entschädigungen für Schäden infolge von Bergbau. Verwaltungsgericht auch Fälle, in denen die Kosten eines Verwaltungsorgans vom Antragsgegner mit dieser Vergütung abgedeckt werden.

Bestimmte Arten von Antragstellern von der Zahlung von Steuern befreit werden, hat der ungarische Staat, den Gemeinden, nichtstaatlichen Organisationen (Vereinigungen und Stiftungen, sofern dies noch nicht realisierten Einkünfte aus wirtschaftlichen Tätigkeiten des Vorjahres), gemeinnützigen Gesellschaften und die EU und ihre Institutionen.

Der Gerichtshof seine Entscheidung mit vier Arten von Kosten können Beihilfen gewährt werden:

- für spätere Zahlungen ermöglichen, wenn der Gerichtshof den Rechtsstreit zu verlieren (illetékfeljegyzési suggerieren): Dies ist der Fall, wenn die Zahlung der Steuer vor dem Gerichtshof eine unverhältnismäßige Belastung bedeuten würde, unter Berücksichtigung seiner Vermögenswerte und Einkünfte, insbesondere wenn das Gericht zu zahlende Steuer mehr als 25 % seiner jährlichen Einnahmen pro Kopf Einkommen vor Steuern
- Genehmigung für die Erstattung der Kosten des Verfahrens (költséjfeljegyzési suggerieren)
- vollständige Befreiung von der Zahlung von Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Kosten der anderen Vertragspartei (im Falle einer Niederlage teljes költségmentesség)
- teilweise Befreiung von der Zahlung bestimmter Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Kosten der anderen Vertragspartei (im Falle einer Niederlage részleges költségmentesség)

3 Arten von Beihilfen, die die Bedingungen genau festgelegt haben, unter Berücksichtigung der Vermögenswerte sowie die Einkommenssituation dieser Anforderung.

Prozesskostenhilfe in Umweltangelegenheiten, allerdings gibt es keine besondere rechtliche Hilfe für solche Fälle. Natürliche Personen sowie NRO, die Prozesskostenhilfe in Anspruch nehmen können, hat zwei Arten: Prozesskostenhilfe innerhalb und außerhalb eines Gerichtsverfahrens. Zivil- und strafrechtliche Verfahren sowie außergerichtliche juristische Beratung und Unterstützung bei der Erstellung von Unterlagen für Prozesskostenhilfe sind alle, mit Ausnahme der Rechtsberatung für die Gründung einer Nichtregierungsorganisation (NRO).

Ein Empfänger außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens haben können, in denen Unterstützung bei der Ausarbeitung rechtlicher Beratung, Hilfe beim Zugang zu Dokumenten und Akten vor. Ein Begünstigter in einem Gerichtsverfahren kann ein Anwalt für den Fall. Bedingungen für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe sind, dass die Klägerin das monatliche Einkommen nicht höher ist als der Betrag der Mindestaltersrente (= összege nyugdíj legkisebb öregségi nyugdíjminimum mindenkori) und er keine Vermögenswerte besitze. NRO als öffentliches Interesse (Közhasznú) Anspruch auf Prozesskostenhilfe können in gerichtlichen Verfahren für den Schutz des öffentlichen Interesses durch die ausdrückliche Forderung (Klagen gegen Verursacher nach dem Umweltschutzgesetz eingeleitet werden solche Verfahren).

Die Prozesskostenhilfe deckt die Kosten der in erster Linie einen Rechtsbeistand oder Anwalt in einem Fall die Kosten für rechtlichen Beistand durch einen Rechtsanwalt erforderlich ist, wenn keine gerichtlichen Verfahren ist im Gange. Während jedoch die rechtliche Vertretung in einem Gerichtsverfahren ist in vollem Umfang durch die Prozesskostenhilfe abgedeckt werden, im Falle von Rechtsgutachten außerhalb von Gerichtsverfahren die Zahl der Arbeitsstunden einer juristischen Sachverständigen in diesem Bereich ausgegeben werden, wird durch die Entscheidung der zuständigen Behörde die Prozesskostenhilfe.

Die Prozesskostenhilfe ist die Prozesskostenhilfe in der Regierung und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regierung über ihre Aufgaben und Zuständigkeiten der Agentur. Im Anschluss an die Registrierung beantragen kann, die bei der Bereitstellung von Rechtshilfe:

- Anwälte
- Staatsanwaltschaft
- Europäischen Union Juristen, die dauerhaft in Ungarn
- (NRO, die sich für den Schutz der Rechte von Menschen oder grundlegende)
- ethnische Minderheit Selbstverwaltungskörper
- Hochschulen, Bildung

Eine Prozesskostenhilfe Organisation (z. B. einer NRO) eine Registrierung beantragen kann, wenn sie über ein Büro für Treffen mit Kunden und hat einen Dienstleistungsvertrag mit einem Anwalt für ein befristeter bereitzustellen, die der Juristische Dienst im Namen und auf Anweisung des rechtlichen Air Organisation. Es ist äußerst seltenen Fällen, dass die Prozesskostenhilfe einbeziehen. Erstens ist es aufgrund der Tatsache, dass nur die Fälle in der gerichtlichen Phase Prozesskostenhilfe betreffen können, und viele ökologische Verfahren auf Verwaltungsebene beschlossen werden, ohne ein Gerichtsverfahren. Zweitens gibt es nicht viele im Rahmen der Prozesskostenhilfe tätige Rechtsbeistände oder juristische Hilfsorganisationen (NRO, Hochschulen usw.) in Bezug auf das Umweltrecht. Drittens ist diese Möglichkeit nicht für den öffentlichen Sektor allgemein bekannt sei.

Es besteht die Möglichkeit, für kostenlose rechtliche Unterstützung von Anwaltskanzleien, weil immer mehr dieser Unternehmen beteiligt sind, mit dieser Art von Tätigkeiten in Ungarn vor allem auf Initiative von PILI (früher bekannt als pilnet). Die Anwaltskanzleien jedoch nicht spezialisierte ökologische rechtliche Beratung anbieten.

Es gibt nicht nur rechtliche Kliniken in Ungarn, die Informationsfreiheit und die Klinik betriebenen Netzes von Open Society Justice Initiative koordiniert. In diesem Netz gibt es einige NRO, Umwelt oder klinische Ausbildung für die Informationsfreiheit im Zusammenhang mit Fragen wie Umwelt und Energia (EMLA Klub (Energie) im Umweltbereich). Derzeit sind sie nicht für die Öffentlichkeit zugänglich, sondern dienen nur Studenten der Juristischen Fakultät der ELTE-Universität, um ihre außerschulischen Aktivitäten zu bereichern.

Es gibt einige wenige Umweltrechts Organisationen im öffentlichen Interesse, vor allem in Ungarn, und zwar das Programm Umwelt im öffentlichen Interesse, wie etwa für Rechtsanwälte oder Nimfea LMCS NRO. Diese Organisationen und Experten und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, die sie in ihre eigenen Grundsätze anwenden, die kostengünstige Bereitstellung kostenloser rechtlicher Unterstützung in Umweltfragen. Die Kontaktdaten finden Sie online Zugang zu den im Umweltbereich tätigen NRO.

Xiii.timeliness

Verwaltungsstellen sind dem Administrative Procedure Act verpflichtet, einen Beschluss innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Antrags. In den Fällen, in denen eine Entscheidung notwendig ist, um zu verhindern, dass stark beschädigt oder lebensbedrohlichen Situation zu ermöglichen, muss die Entscheidung im beschleunigten Verfahren gestellt werden. Der Leiter der Behörde das Verfahren verlängern können vor Ablauf des ersten Zeitraums von 30 Tagen eine zusätzliche Frist von 30 Tagen mit. Wenn die Behörde die Frist nicht einhält, hat sie die Verfahrensgebühr zu zahlen, und im Fall der Klägerin diese Verzögerung ist doppelt so lang wie die vorgeschriebene Frist für die Entscheidungsfindung, die Zahlungen an die Verfahrensgebühr ist doppelt so hoch wie die der Klägerin.

Die Gerichte müssen innerhalb von 30 Tagen übermittelten Unterlagen prüfen und geeignete Maßnahmen, wie z. B. der Klägerin, ihr Vorbringen zu ergänzen. Dies gilt auch für Bewegungen von Prozessen ab. Auch innerhalb dieser 30 Tage ab dem Zeitpunkt der ersten Anhörung festgelegt werden muss, die Unterrichtung der Vertragsparteien mindestens 15 Tage vor dem Zeitpunkt. Die erste Anhörung stattfinden muss innerhalb von 4 Monaten ab Eingang des Antrags bei Gericht, spätestens innerhalb von 9 Monaten. Die weiteren Anhörungen stattfinden sollte innerhalb von 4 Monaten nach der vorhergehenden Prüfung. Für die Erklärungen der Parteien kann der Gerichtshof gesetzten Fristen, die in der Regel 15 Tage. Gerichte sind für die Ausarbeitung eines Protokolls der Verhandlung (jegyzőkönyv), oder wenn die Anhörung unmittelbar erfasst wurde, innerhalb von 8 Tagen ab dem Tag der Anhörung. Protokoll müssen die Vertragsparteien innerhalb von 15 Tagen zu versenden. Das Gericht kann die Parteien ersuchen, gemeinsam mindestens 8 Tage vor der Anhörung, dass der Termin für die mündliche Verhandlung zu verschieben. Zu stoppen, wenn die Parteien vereinbaren, die Sache das Verfahren nach 6 Monaten abgeschlossen wird, es sei denn, eine der Vertragsparteien die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt beim Gerichtshof (szünetelés). Rechtsbehelfe gegen erstinstanzliche Entscheidungen eingelegt werden kann innerhalb von 15 Tagen ab der Verkündung des Urteils, während beim Obersten Gerichtshof einen Antrag auf außerordentlichen Rechtsbehelf (felülvizsgálati kérelem) werden innerhalb von 60 Tagen nach dem Erlaß der endgültigen Entscheidung an den Obersten Gerichtshof (Kúria).

Eine typische Dauer eines Gerichtsverfahrens ist:

- Die Gerichtsverfahren gegen Verwaltungsentscheidungen in Bezug auf kleinere Projekte: 1,5 bis 2 Jahre
- Die Gerichtsverfahren gegen Verwaltungsentscheidungen in Bezug auf größere Projekte: 2 bis 5 Jahre
- privatrechtliche Fälle vor Beschädigung oder Schaden für die Umwelt oder die Natur: Für die Jahre 2 bis 3, 1 bis 2 Jahre, die zweite Instanz auf insgesamt 3 bis 5 Jahre
- privatrechtliche von Prozessen in Bezug auf die Entschädigung für ökologische Schäden: Für die Jahre 1,5 bis 2, 1 bis 2 Jahre, die zweite Instanz auf insgesamt 2,5 bis 4 Jahre

Es gibt keine gesetzliche Frist für die Gerichte zu entscheiden. Folglich gibt es keine Sanktionen gegen ein Urteil in einem gerichtlichen verspätete liefern können. Allerdings innerhalb der Verwaltung der Judikative, der nationalen Justiz (Országos Bírósági Hivatal) Präsidiums sowie alle den Leitern der Gerichte sind zuständig für die Überwachung der Führung von Verfahrensfristen durch die Gerichte.

XIV. Sonstiges

Umweltpolitische Entscheidungen angefochten werden in verschiedenen Phasen des Verfahrens, je nach Art der an dem Fall beteiligten Personen. Im Fall von Privatpersonen, deren Mehrheit reagiert nach einer Veränderung der Umwelt, d. h. sie in das Verfahren eingebunden werden wollen, im Anschluss an eine getroffene Entscheidung sichtbar und Entwicklungen vor Ort zu beginnen. Im Gegenteil, im Umweltbereich tätigen NRO zu überwachen, die Entwicklung unabhängiger Mitarbeiter in der Regel eine Beschlussfassung in der Genehmigungsphase bereits der Fall ist, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird. Es gibt jedoch Beispiele entgegen, insbesondere in Verfahren der UVP und der IVVU, wenn – aufgrund der größeren Offenheit – auch Privatpersonen beteiligen. Das Verfahren fristgerecht

Entweder wird die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar und leicht verständliche Informationen über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Ungarn. Insgesamt besteht ein schwach ausgeprägtes Bewusstsein für den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten oder allgemein in der Bevölkerung Ungarns. Dies ist teilweise auf die äußerst geringen verwaltete Programme zum Aufbau von Kapazitäten durch die Regierung und die relativ niedrige Priorität, die in der staatlichen Politik durchgehende bereits seit Jahrzehnten in dieser Angelegenheit. Es gibt nur wenig Informationen über Informationen und auf Websites der Regierung das Übereinkommen von Aarhus nicht erhöht; dies wird durch praktische Informationen für die Öffentlichkeit, um den Zugang zu den Gerichten wirksam umzusetzen.

In Ungarn bestehenden die alternative Streitbeilegung ist für die Lösung von Meinungsverschiedenheiten der Parteien über ihre privatrechtliche Fragen in Form von Mediation. Mediation in Ungarn die normale Anwendung der Mediation als international standardisierten Protokolls erlassen. Dritte und Sachverständige im Schlichtungsverfahren teilnehmen können auf Antrag oder mit

Zustimmung der beteiligten Parteien in die Mediation. Die Mediation endet mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung, wenn die Parteien oder eine Partei beantragt die Aufhebung oder innerhalb von 4 Monaten nach Beginn des Verfahrens. Vor Beginn der Mediation nicht obligatorisch ist, aber ein Verfahren für den Beginn der Maßnahme in einer Rechtssache beim Gerichtshof eingereicht. Seit Juli 2012 gibt es eine besondere Gelegenheit, die gerichtliche Mediation, von einem Urkundsbeamten (Bírószági titkár) auf gemeinsamen Antrag der Parteien. Gibt es keine rechtliche Möglichkeit der Mediation zwischen privaten Parteien und Verwaltungsbehörden für das Umweltmanagement, Mediation in Fällen daher nicht angewandt werden. Dennoch zwischen privaten Parteien (einschließlich NRO) im Umweltbereich zur Verfügung steht. Es ist allerdings kaum wahrscheinlich, denn die Unkenntnis dieser Möglichkeit oder der Mangel an Vertrauen in die alternative Streitbeilegung.

XV. Ein Ausländer, der

Die Verfassung Alaptörvény (Ungarn), die am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, im Kapitel Freiheit und Verantwortung beinhaltet, dass Ungarn Artikel XV.2 gewährleistet, dass für alle Menschen die Grundrechte ohne jegliche Diskriminierung aufgrund u. a. der Sprache, Staatsangehörigkeit oder des sonstigen Status. Nach dem Administrative Procedure Act von Ungarn (KET), Artikel 2.1 besagt, dass die Parteien im Verwaltungsverfahren Anspruch auf Gleichbehandlung und ihre Fälle zu entscheiden haben, ohne unangemessene Differenzierung darstellt. Interessant ist, dass wir eine solche Vorschrift nicht in die Zivilprozessordnung (PP), sollen die Gerichte jedoch unparteiisch entscheiden. Obwohl die Sprache des Gerichtsverfahrens ist, keinen Schaden erleiden kann niemand aus Unkenntnis der Sprache der Zivilprozessordnung). Jeder kann in seiner eigenen Sprache das Gerichtsverfahren nach internationalen Abkommen. Wenn die Ausübung dieser Rechte erfordert, und Dolmetscher beim Gerichtshof müssen in den Prozess einzubeziehen. Falls die Umsetzung derartiger Rechte durch internationale Vereinbarungen erfordert die Mitwirkung eines Dolmetschers im Voraus, und ihre Kosten sind vom Staat getragen. Die Kosten für Dolmetscher gehören zu den Kosten der Verlierer zahlt, die mit den genannten Ausnahmen.

VI. Grenzüberschreitende Rechtssachen

Die Fälle, die Umweltbelange in einem anderen Land von der UVP Dekret geregelt sind im Einklang mit dem Übereinkommen von Espoo. Das Übereinkommen unterscheidet zwischen zwei Arten von Verfahren: Wenn ein Land in einem betroffenen Land oder eine der Auswirkungen auf die Umwelt). Ungarn ist ein Land, der hier von Bedeutung sind. In solchen Fällen unterrichtet die regionale Umweltschutzagentur und das Ministerium für Umwelt, während Letztere teilt dem Ministerium für Umwelt des betroffenen Landes. Der Rest des Verfahrens ist ein Prozess, der von den beiden Ländern gibt es jedoch einige obligatorische Bestandteile dieser Verfahren:

- Lehnt das betroffene Land ersuchen, die internationale Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wurde
- Der Antragsteller muss in der Sprache des betroffenen Landes oder in englischer Sprache die internationalen Kapitel und die nichttechnische Zusammenfassung der Umweltverträglichkeitsstudie
- Konsultationen zwischen den beiden Ländern
- eingereicht werden können, sowie die betroffenen Länder ihre öffentlichen
- Die Entscheidung der Umweltschutzagentur muss mit dem betroffenen Land mitgeteilt werden

Die betroffene Öffentlichkeit hat keine eigenen Begriff in grenzübergreifenden Fällen und sogar dem Umweltschutzgesetz Artikel 4.21 besagt nur, dass diese Personen und Organisationen betroffen sind, die Auswirkungen auf die leben und handeln werden. Auf dieser Grundlage sowie über die Klagebefugnis Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG), kann daraus gefolgert werden, dass auch ausländische öffentliche ist unter folgenden Bedingungen:

- gleichermaßen betroffen sein können Ausländer, die in jedem Fall ebenso wie ungarische Bürger, besteht kein Unterschied zwischen den Parteien in Bezug auf den Wohnort oder Aufenthaltsort
- im Ausland registrierten ausländischen nichtstaatlichen Organisationen (NRO) können nur in den Fällen klagebefugt sind, wenn ein internationales Übereinkommen geregelt, so im Bereich des Umweltschutzes und des Übereinkommens von Espoo ist; Dieses Übereinkommen wird sichergestellt, dass das Herkunftsland bieten Gelegenheit, die Öffentlichkeit in den Bereichen betroffen sein könnten, in den Verfahren zu beteiligen, wie sie die Öffentlichkeit über das Ursprungsland; Mit anderen Worten, wenn eine NGO ist in Ungarn auch ausländische NRO, dann klagebefugt, wenn sein Tätigkeitsbereich auf dem betroffenen Gebiet gewährt, auf der anderen Seite der Grenze

Verfahren vor dem Gericht, wenn einem ausländischen Person oder die gleichen Verfahrensrechte, NRO und lokale NRO, auf lokaler Ebene eingetragenen Bürger oder mit nur sehr wenigen Ausnahmen. Z. B. unentgeltliche Prozessführung gewährt werden, können nur EU-Staatsangehörigen oder ungarischer Bürger, die Bürgerinnen und Bürger von Drittstaaten, die rechtmäßig in der EU aufhalten. Dies wird beispielsweise der Bürgerinnen und Bürger von Serbien und der Ukraine die Gelegenheit nutzen, und

Kroatien (bis Juli 2013). Ausländische Bewerber durch den Gerichtshof kann verpflichtet werden, auf Antrag des Beklagten eine Kautions in Höhe zur Deckung der potenziellen Kosten für den Fall, ihn zu verlieren.

Verwaltungsgericht Fällen (d. h. in Fällen, in denen die verfahrens- oder materiellrechtliche Rechtmäßigkeit einer Verwaltungsentscheidung vor einem Gericht angefochten worden ist) die ungarischen Gerichte ausschließlich zuständig. In zivilrechtlichen Fällen angefochten werden, in der Regel vor der ungarischen Gerichte nach der territorialen Zuständigkeit der Zivilprozessordnung. Nach der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, eine Person aus unerlaubter Handlung verklagt werden können Schäden verursachen, und zwar nicht nur in dem Land, in dem sie ihr „domicile“ (einschließlich Umweltschäden auftreten können) oder in einem anderen Mitgliedstaat der EU, die grenzüberschreitende Umweltschäden in der Regel in Fällen geschehen.

Links zum Thema

- Verfassung: <http://www.kormany.hu/hu/mo/az-alaptorveny>
- Gesetze: <http://net.jogtar.hu/>
- Gesetzgebung: <http://www.parlament.hu/>
- Regierung: <http://www.kormany.hu/hu>
- Justizwesen: <http://www.birosag.hu/>
- Staatsanwalt: <http://www.mklu.hu/cgi-bin/index.pl?lang=hu/>
- Bürgerbeauftragter: <http://www.ajbh.hu/>
- Kontrollstelle: <http://www.naih.hu/>
- Anwaltskammer: <http://www.magyarugyvedikamara.hu/>
- Prozesskostenhilfe erhalten: <http://kih.gov.hu/>
- Übereinkommen von Aarhus: http://civilkontroll.gyor.hu/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=10&Itemid=12
- NRO: <http://www.emla.hu/>

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 14/09/2016